

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
A. Einleitung	19
I. Steuerausfälle durch Missbrauch des Umsatzsteuersystems . . .	19
II. Gegenstand der Arbeit	20
III. Gang der Untersuchung	21
B. Die Einfügung des Tatbestands der Umsatzsteuer-Nachschau zum 1. 1. 2002	22
I. Das Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz – StVBG –	22
II. Gründe für die Einführung einer Umsatzsteuer-Nachschau	23
1. Betrugsbekämpfung	23
2. Unterschiede zu anderen Prüfungshandlungen der Finanzverwaltung	23
a) Außenprüfung und Steuerfahndungsprüfung	23
aa) Unterschiede zur Außenprüfung/Umsatzsteuer- Sonderprüfung	24
bb) Unterschiede zum Tätigwerden der Steuerfah- ndungsbehörden	25
cc) Stellungnahme	28
b) Betriebsnahe Veranlagung	30
c) Steueraufsicht gemäß §§ 209 ff. AO	30
3. Zusammenfassung	32
C. Missbrauchsanfälligkeit des geltenden Umsatzsteuerrechts und deren Bekämpfung	33
I. Allphasen-Nettoumsatzsteuer mit Vorsteuerabzug	33
1. Entwicklung	33
2. Einführung einer Allphasen-Nettoumsatzsteuer mit Vorsteuerabzug zum 1. 1. 1968	34
3. Steuerausfälle	35
II. Missbrauchssachverhalte im Einzelnen	37
1. Problemfall Binnenmarkt	37
2. Karussellbetrug	39
3. Vorsätzlich herbeigeführte Insolvenzen	40
III. Zwischenergebnis	41
D. Vorschläge zur Reform des geltenden Umsatzsteuerrechts	42
I. „Reverse-Charge-Modell“	42
II. „Mittler-Modell“ und Umsatzsteuerreformgesetzbuch Paul Kirch- hof	45

III.	Ist-Versteuerung mit Cross-Check-Verfahren	46
IV.	Modell des Vorsteuervortrags	46
V.	Umsatzsteuer-Audit	47
VI.	Umsatzsteuerkonzepte der EU-Kommission	48
VII.	Stellungnahme	49
	1. Umsatzsteuerreform mit Systemumstellung?	49
	2. Die „kleine“ Reform	52
	3. Vollzogene Ergänzungen des geltenden Umsatzsteuerrechts	53
	4. Aktuelle Umsatzsteuer-Reformbestrebungen in Deutschland	54
	5. Maßnahmen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs	55
	a) Zentrale Datenbank zur Auswertung von Umsatzsteuerbetrugsfällen – ZAUBER	55
	b) Umsatzsteuer-Länder-Online – USLO	56
	c) Länderumfassende Namensauskunft – LUNA	57
VIII.	Ergebnis	57
E.	Die Umsatzsteuer-Nachschaу – Entwicklung und Zweck der Regelung	59
I.	Hintergrund der Einführung des § 27b UStG	59
II.	Ursprünglich geplant: Allgemeine Nachschaу (§ 88 b AO)	60
III.	Historische Vorbilder für die Umsatzsteuer-Nachschaу	61
	1. Reichsabgabenordnung vom 13. 12. 1919	61
	2. Reichsabgabenordnung 1930	62
F.	Rechtsdogmatische Problemfelder bei der Anwendung des § 27b UStG	64
I.	Statistische Erhebungen über die Anwendung des § 27b UStG	64
II.	Anwendungsfälle des § 27b UStG	65
	1. Beschränkung auf Fälle des Verdachts einer Steuerverkür- zung?	65
	2. Ermessenskonkretisierung durch Anweisungen der Finanzverwaltung an die nachgeordneten Dienststellen	67
	a) BMF-Schreiben und Umsatzsteuer-Anwendungserlass	67
	b) Nichtveröffentlichte (interne) Anweisungen der Finanz- verwaltung	68
III.	Tatbestandsmäßige Voraussetzungen des § 27b UStG im Einzelnen	69
	1. Umsatzsteuerlicher Handlungsbedarf	69
	2. Betroffener Personenkreis	70
	a) Anknüpfung an Unternehmereigenschaft	70
	b) Anwendung auf „Scheinunternehmen“?	70
	c) Umsatzsteuer-Nachschaу bei Bestehen einer Organ- schaft	71
	3. Vorlagepflichten, § 27b Abs. 2 UStG	71

4.	Übergang zur Außenprüfung, § 27b Abs. 3 UStG	72
	a) Voraussetzungen des Übergangs zur Außenprüfung	72
	b) Rechtsfolgen des Übergangs zur Außenprüfung	73
	aa) Hemmung des Ablaufs der Festsetzungsfrist	73
	bb) Erhöhte Bestandskraft von Änderungsbescheiden	73
	cc) Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung	73
	dd) Verbindliche Zusage für die Zukunft	73
5.	Ausdehnung auf andere Steuerarten und Dritte, § 27b Abs. 4 UStG	74
	a) Umfang der Prüfungsbefugnis	74
	b) Auffassungen im Schrifttum	75
	c) Stellungnahme	75
6.	Verwertungsverbot	77
	a) Verwertungsverbot im Rahmen einer Außenprüfung	77
	aa) Formelles Verwertungsverbot	77
	bb) Verwertbarkeit von Verhältnissen dritter Personen	79
	b) Anwendung der Grundsätze zum Verwertungsverbot bei Außenprüfungen auf die Umsatzsteuer-Nachschau	80
	aa) Das Tatbestandsmerkmal „anlässlich“	80
	bb) Verwertungsverbot bei „ <i>schwerwiegenden Verfahrensfehlern</i> “	81
	cc) Sonderfall: Unterlassene Belehrung nach § 393 Abs. 1 Satz 4 AO	82
	c) Handhabung des Verwertungsverbots in der Anwendungspraxis	83
7.	Weitere materiell-rechtliche Problemfelder	84
IV.	Verhältnis zur strafbefreienden Selbstanzeige	84
	1. Die Regelung in § 371 Abs. 2 AO	84
	2. Neufassung des § 371 Abs. 2 durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz	85
	a) Rechtsauffassungen zum Eintritt der Sperrwirkung im Zusammenhang mit der Umsatzsteuer-Nachschau	86
	aa) Keine Sperrwirkung durch die Umsatzsteuer-Nachschau	86
	bb) Eintritt der Sperrwirkung durch die Umsatzsteuer-Nachschau	86
	b) Stellungnahme	87
	3. Reichweite der Sperrwirkung	88
V.	Rechtsschutz gegen eine Umsatzsteuer-Nachschau	90
	1. Einspruch gem. § 347 AO	90
	a) Verwaltungsakte im Zusammenhang mit einer Umsatzsteuer-Nachschau	90
	aa) Regelung eines Einzelfalls	90

	bb) Rechtswirkung nach außen	92
	cc) Form und Bekanntgabe der Nachschauordnung	92
	b) Vorläufiger Rechtsschutz	93
VI.	Zwischenergebnis	94
G.	Unionsrechtliche Vorgaben für einen Umsatzsteuer-Nachschautatbestand?	96
I.	Harmonisierung der Umsatzsteuer im EU-Binnenmarkt	96
II.	Unmittelbare Rechtswirkung des Unionsrechts	97
III.	Verfahrensrechtliche Vorgaben durch die Mehrwertsteuersystemrichtlinie?	98
	1. Der EU-Vertrag und das Verfahrensrecht	98
	2. Art. 273 und 395 der MwStSystRL als Rechtsgrundlage?	99
	3. Ergebnis zu G.	100
H.	Verfassungsrechtliche Prüfung der Regelung über die Umsatzsteuer-Nachschau	101
I.	Finanzgerichtliche Verfahren mit dem Streitgegenstand einer Umsatzsteuer-Nachschau	102
	1. Inhalt der Verfahren vor den Finanzgerichten	102
	2. Die Entscheidungen der Finanzgerichte und des Bundesfinanzhofs	102
	3. Keine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu § 27b UStG	103
	4. Stellungnahme	104
II.	Verstoß gegen Art. 13 GG – Unverletzlichkeit der Wohnung?	104
	1. Reichweite des sachlichen Schutzbereichs des Art. 13 Abs. 1 GG	104
	a) Historische Entwicklung des Grundrechts auf Schutz der Wohnung	105
	b) Schutzgut des Art. 13 Abs. 1 GG	105
	c) Differenzierung zwischen Wohnraum und Arbeitsraum	105
	aa) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Schutzbereich des Art. 13 Abs. 1 GG	106
	bb) Der Wohnungsbegriff nach Art. 8 Abs. 1 EMRK	107
	cc) Enge Auslegung des Art. 13 Abs. 1 GG: Einzelmeinungen im Schrifttum	107
	dd) Stellungnahme	107
	ee) Zwischenergebnis: Weite Auslegung des Wohnungsbegriffs in Art. 13 Abs. 1 GG	109
	2. Persönlicher Schutzbereich des Art. 13 GG	109
	3. Eingriffe im Sinne des Art. 13 Abs. 7 GG durch § 27b UStG und ihre Rechtfertigung	110
	a) Differenzierung zwischen Geschäfts- und Wohnräumen	110

b)	Reine Wohnräume	111
aa)	Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot?	111
bb)	Der Begriff der „ <i>dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung</i> “ in Art. 13 Abs. 7 2. Alt. GG	112
c)	Geschäfts- und Betriebsräume – Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	117
aa)	Schutzniveau	117
bb)	Bedeutung der Eingriffsintensität für den Schutz durch Art. 13 GG	117
cc)	Dogmatische Bedenken gegen die Auslegung des Art. 13 Abs. 7 GG durch das Bundesverfassungsgericht	119
dd)	Stellungnahme	120
ee)	Ergebnis	125
d)	Gemischt genutzte Räume	126
aa)	Der Schutz gemischt genutzter Räume in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	126
bb)	Die Auffassung der Finanzverwaltung	128
cc)	Im Schrifttum vertretene Rechtsauffassungen	129
dd)	Stellungnahme	130
e)	Eingriffe in „virtuelle Wohnungen“?	136
III.	Zwischenergebnis zur Prüfung des § 27b UStG am Maßstab des Art. 13 GG	137
IV.	Verstoß gegen das Zitiergebot aus Art. 19 Abs. 1 GG?	138
1.	§ 27b UStG und das Zitiergebot aus Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG	138
a)	Das Zitiergebot gem. Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG	139
b)	Auffassungen in der steuerrechtlichen Literatur zum Zitiergebot im Zusammenhang mit § 27b UStG	139
2.	Das Zitiergebot nach den Vorstellungen des Verfassungsgebers	141
3.	Das Zitiergebot in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	142
a)	Keine Anwendung des Zitiergebots auf vorkonstitutionelles Recht	142
b)	Keine Anwendung des Zitiergebots bei einer gesetzlichen Beschreibung grundrechtsimmanenter Schranken	142
c)	Keine Anwendung des Zitiergebots bei „Offenkundigkeit“ des Grundrechtseingriffs?	143
4.	Die Auffassungen zum Zitiergebot in der Literatur	144
5.	Stellungnahme	144

a)	Interpretation der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	144
b)	Prüfung des § 27b UStG am Maßstab des Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG	146
aa)	Kein vorkonstitutionelles Recht	146
bb)	Kein Verzicht auf das Zitiergebot wegen Wiederholung oder geringfügiger Ergänzung	147
cc)	Kein Verzicht auf das Zitiergebot wegen Offenkundigkeit der Einschränkung des Art. 13 GG	148
dd)	Geltung für Wohn- und Geschäftsräume und gemischt genutzte Räume	150
6.	Zwischenergebnis zur Verletzung des Zitiergebots	150
7.	Rechtsfolge des Verstoßes gegen Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG (Zitiergebot)	150
a)	Rechtsauffassungen zum Verstoß des § 27b UStG gegen das Zitiergebot	151
b)	Stellungnahme	151
aa)	Verfassungswidrigkeit des gesamten Umsatzsteuergesetzes?	151
bb)	Verfassungswidrigkeit des § 27b UStG?	152
cc)	Nichtigkeit von Umsatzsteuerbescheiden?	153
V.	Zwischenergebnisse	154
I.	Zwangsmittel zur Durchsetzung einer Umsatzsteuer-Nachschau	155
I.	Verwaltungsakte im Zusammenhang mit der Umsatzsteuer-Nachschau	156
II.	Zwangsmittel	156
1.	Zwangsmittel bei reinen Geschäftsräumen	157
2.	Zwangsmittel bei reinen Wohnräumen bzw. gemischt genutzten Räumen	158
III.	Stellungnahme	158
J.	Zusammenfassung und Fazit	160
I.	Zusammenfassende Stellungnahme	160
II.	Ausblick	161
III.	Schlussbemerkung	163
	Literaturverzeichnis	165